

Mut statt Zweifel im Umgang mit den demografischen Herausforderungen

Am zweiten Tag der Landkreisversammlung hat Bundespräsident Joachim Gauck die Bedeutung des Einsatzes von Bürgern in ihren Kommunen betont und gesagt, es brauche vor allem Mut statt Zweifel im Umgang mit den demografischen Herausforderungen. Im Anschluss fand eine Diskussion mit dem Titel „Bürgerschaftliche Selbstverantwortung in Landkreisen“ statt, in der Landrätin Eva Irrgang sowie die Landräte Hans Jörg Duppré, Dr. Michael Errrich und Stefan G. Reuß beschrieben, dass es in ihren Landkreisen gelingt, die Bürger in mitunter schwierige Veränderungsprozesse einzubeziehen.

Bundespräsident Gauck zitierte in seiner Ansprache den ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau mit dem Satz: „Wenn es die Landkreise nicht gäbe, müsste man sie erfinden! Nur wenige Schöpfungen der Verwaltungskunst haben sich so glänzend bewährt.“ Er schloss sich dieser Einschätzung an und stellte die Frage, ob es nicht so sei, dass sich die Landkreise vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung neu zu erfinden hätten? Er blicke zuversichtlich auf die demografischen Veränderungen, weil unsere Gesellschaft veränderungsfähig sei; die meisten der Landkreise seien wirtschaftlich und kulturell aufgeblüht. Generell müssten wir dem Mut und nicht dem Zweifel Vorrang einräumen. Dann würde der demografische Wandel gelingen. Dabei gebe der Deutsche Landkreistag keine Antworten vor, sondern lasse das ganze Spektrum der Diskussion zu: „... alle Parteilagen und Positionen, von den Skeptikern und Mahnern bis hin zu jenen, die mehr Chancen als Probleme im demografischen Wandel sehen.“

Um Verständnis werben für begrenzte Handlungsspielräume

Solche Diskussionen seien nach Überzeugung des Bundespräsidenten nicht leicht zu führen: Die Rahmenbedingungen öffentlicher Haushalte seien komplex und für viele Nicht-Experten schwer nachvollziehbar. Dennoch müsse gelingen, trotz der Komplexität zum Mitdenken, Mitreden und Mitgestalten einzuladen sowie um Verständnis zu werben für begrenzte Handlungsspielräume, in denen sich Verantwortliche

Von Dr. Markus Mempel, Berlin

der Politik und Verwaltung bewegten. Es reiche nicht, wenn diese Grenzen nur in Expertenkreisen bekannt seien. Notwendig sei also eine „breite gesellschaftliche Verständigung über das Verhältnis von gefühlten Sparschwängen und gewollten Zukunftsinvestitionen, eine Verständigung über Kernaufgaben der Kommunen, über Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit, über neue Formen des unternehmerischen oder privaten Engagements und vieles mehr.“

„Nur wenn es uns gelingt, die Bürger weiterhin zu überzeugen, dass sie sich an Ort und Stelle bei diesem Umbruch intensiv beteiligen, werden wir den demografischen Wandel bewältigen und gestalten“, sagte er weiter. Ferner dürften die Kommunen nicht von Bund und Ländern allein gelassen werden, sondern es ginge um eine Gesamtverantwortung aller föderalen Ebenen für dieses Querschnittsthema. Auch spiele das gemeinsame Agieren von Kommunen eine große Rolle, um die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Darin inbegriffen sei auch eine aktive kommunale Integrationspolitik, die zunehmend an Bedeutung gewinne.

Bei allem ginge es darum, die Perspektive der Bürger nicht aus dem Blick zu verlieren, wobei Raum für bürgerschaftliche Mitgestaltung bestehen müsse. Denn es stünden grundsätzliche gesellschaftliche Weichenstellungen an, weil es zukünftig schwieriger werden würde, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort aufrechtzuerhalten. Letztlich erzeuge dies auch Verständnis für teilweise schmerzliche Notwendigkeiten. Er dankte in diesem Zusammenhang dem Deutschen Landkreistag für sein Engage-

ment, für Ideen, Initiativen und Veranstaltungen, weil dies letztlich auch auf das öffentliche Bewusstsein wirke. Der demografische Wandel fordere unsere Demokratie heraus, weil es eben nicht nur um Zahlen und Finanzen gehe, sondern immer wieder auch um das, was wir gesellschaftlich wollen und darum, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Da hilft es sehr, sich von überkommenen Denkmustern zu lösen, um neue Perspektiven zuzulassen.

DLT-Präsident Duppré bedankte sich für die guten und richtigen Worte des Bundespräsidenten sowie dafür, dass er den Landkreisen Mut zugesprochen habe und ihnen zutraue, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Der Bundespräsident lieferte zudem die inhaltlichen Themenkomplexe für die sich anschließende Diskussionsrunde. Am Schluss seiner Rede stellte er u.a. die Frage in den Raum, wie Migranten Unterstützung finden können, damit sie in den Landkreisen wirklich „ankommen“? Durch gezieltere Informationspolitik, durch Mentorenprogramme oder Anwerbung in Vereinen? Durch Regelangebote statt Projektarbeit? Einen weiteren Punkt sprach er an, indem er fragte: Wie schaffen wir es, dass unsere Kommunen trotz knapper Finanzen das nötige Know-how und die nötigen Voraussetzungen für ihre Arbeit haben? Können die Landkreise noch konsequenter als bisher Konzepte entwickeln, zentrale Anlaufstelle sein, lokale Netzwerke fördern? Und schließlich drehte sich die Diskussion um die Rolle der Bürger als Mitgestalter kommunaler Lebenswirklichkeit, die es nach Überzeugung des Bundespräsidenten weiter zu stärken gelte.

Bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar

In der von Thorsten Alsleben moderierten Runde stellte DLT-Präsident Duppré be-



Interessierte Zuhörer der Podiumsdiskussion mit ...

... DLT-Vizepräsident Landrat Dr. Michael Errrich, Landrat Stefan G. Reuß, Moderator Thorsten Alsleben, Landrätin Eva Irrgang und DLT-Präsident Landrat Hans-Jörg Duppré (v.l.)...



...auch im gesamten Publikum. In der ersten Reihe der Landrat Dr. Jörg Mielle (5.v.l.), seit 19.2.2013 Chef der Staatskanzlei in Niedersachsen.

Fotos: Mark Frantz

sonders heraus, dass zur selbstverantwortlichen Gestaltung des demografischen Wandels bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar sei. Das sei auch bei den Bürgern angekommen. Beispielsweise würden die Bürger in seinem Landkreis Südwestpfalz einen intensiven Diskurs im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie führen, wie Jung und Alt zukünftig zusammenleben. Dies umfasse etwa die Situation von Alleinerziehenden oder die Integration von ausländischen Mitbürgern. Ein weiteres Beispiel seien Klimabündnisse oder moderierte Dialoge zur Zukunft der Dörfer. Generell müssten die Bedingungen verbessert werden, so dass sich Frauen und Männer noch stärker eingeladen fühlen, sich nicht nur kommunalpolitisch, sondern auch im sozialen und kirchlichen Bereich zu engagieren. Z.B. habe er besondere Hochachtung vor denjenigen, die sich ehrenamtlich um behinderte Menschen kümmern.

Gleichzeitig rief er zu angemessenem Realismus auf, gerade in Fragen der demografischen Veränderungen. Es werde nicht gelingen, jeden Schulstandort zu halten oder generell das Netz der kommunalen Angebote der Daseinsvorsorge enger zu knüpfen, worüber es in der Bürgerschaft Diskussionen geben werde. Daher müssten die Bürger gerade frühzeitig in derartige Prozesse einbezogen werden, um nicht später überrascht zu werden. Dies betreffe etwa auch überkommene Vereins- oder Versorgungsstrukturen – z.B. im Bereich der Feuerwehren –, die sich zukünftig stärker überörtlich und z.T. auch über Kreisgrenzen hinaus aufstellen müssten.

Öffentliche Leistungen flexibilisieren

DLT-Vizepräsident Landrat Dr. *Ernich* sagte, der demografische Wandel befördere die ohnehin schon unterschiedlichen Entwicklungen im Land: Ballungszentren hätten einen Zuzug zu verzeichnen, andere mit Bevölkerungsabnahme zu kämpfen. Gerade

in den ostdeutschen Bundesländern sei man bereits direkt konfrontiert mit Problemen bezogen auf den öffentlichen Nahverkehr, so dass bereits heute intelligente Lösungen realisiert werden müssten. Generell müssten in den Landkreisen öffentliche Leistungen flexibilisiert und an die regionalen Besonderheiten angepasst werden. So könne beispielsweise der öffentliche Personennahverkehr im Zusammenspiel mit touristischen Angeboten gestärkt werden, indem Besucher den ÖPNV mitfinanzierten und damit auch in bevölkerungs-

schwachen Gegenden aufrechterhalten. Der Landkreis Harz praktiziere dies erfolgreich.

Bürgerengagement nicht überstrapazieren

Landrat *Reuß* stellte vor diesem Hintergrund fest, dass ehrenamtliches Engagement gelebt werden müsse. Gerade auch Kommunalpolitiker sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen und sich engagieren. Diese Erfahrung mache er in vielerlei Hinsicht im Werra-Meißner-Kreis, z.B. im Fußballverein. Allerdings warnte er auch davor, bürgerschaftliches Engagement überzustrapazieren. Es dürfe daher nicht geschehen, dass Leistungen der Kommunen auf die Bürgerschaft abgewälzt würden, weil das Ehrenamt vielmehr eine wichtige und gute Ergänzung kommunaler Angebote – z.B. in Gestalt von Bürgerbussen – sei. Bürgerschaftliches Engagement müsse daher richtig verstanden und eingesetzt werden. Andernfalls bestehe die große Gefahr, dass sich Menschen abwenden und sich aus dem Ehrenamt zurückziehen. Beispielsweise habe der Kreis ein Bürgermobil mit über 20 ehrenamtlichen Fahrern entwickelt, um insbesondere älteren Menschen Gelegenheit zur Teilhabe zu verschaffen und soziale Kommunikation zu ermöglichen. Dies sei letztlich ein ergänzendes Angebot und ersetze keine Leistungen des Landkreises.

Integrationspolitik zur Chefsache machen

Landrätin *Irrgang* aus dem Kreis Soest ging insbesondere auf das Thema Integration ein, das in Bezug auf die demografischen Herausforderungen zentral sei. Sie sagte, man müsse kommunale Integrationspolitik zur Chefsache machen. Beispielsweise hätten 20 % der Bevölkerung in ihrem Landkreis einen Migrationshintergrund. Es müsse mit dem nötigen Nachdruck agiert werden, etwa bezogen auf eine aktive Willkommenskultur, mehrsprachige Broschüren

und Lotsen in der Kreisverwaltung, angepasste Informationsangebote und Netzwerke mit den Migrantenselbstorganisationen, auf deren Agieren es maßgeblich ankomme. Letztlich müsse Integration vor Ort von Bürgern und Verwaltung gleichermaßen gelebt werden, was das Bemühen aller erfordere. Obwohl die Verwaltungen behördliche Anlaufstellen seien und etwa der Kreis Soest über ein eigenes Integrationsteam verfüge, könnte sie nicht die Integration ohne den daneben erforderlichen breiten gesellschaftlichen Konsens bewältigen. Dazu gehöre auch eine stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Kommunalvertretungen.

Duppré führte in diesem Zusammenhang aus, dass diese Art von guten Beispielen verstärkt kommuniziert werden müsse. Der demografische Wandel sei eine Querschnittsaufgabe und die regionalen Verhältnisse sehr unterschiedlich, so dass es einen unerschöpflichen Fundus an guten kommunalen Ideen und Praktiken gebe, aus dem andere Landkreise schöpfen könnten. Er sagte zudem auf die Frage des Moderators, ob das kommunalpolitische Engagement nachlasse: Man müsse vor allem jungen Menschen eine echte Zukunftsperspektive bieten. Gerade auf die junge Generation komme es an, auf deren Kreativität und Ideen. Problematisch sei vor diesem Hintergrund und generell, dass das Interesse an einer Mitwirkung im Rahmen kommunalpolitischer Gremien eher nachlasse und darüber hinaus wirtschaftliche Erwerbsperspektiven in Mittelstand und Handwerk für junge Menschen nicht immer und überall im Landkreis gegeben seien.

Regionalbudgets in kommunaler Verantwortung

Landrat Dr. *Ernich* knüpfte daran an und betrachtete diese Frage als Beleg dafür, dass es zukünftig noch besser gelingen müsse, den Kommunen wirkliche Entscheidungsspielräume zuzubilligen, so dass sich das Mittun etwa in einem Kreistag mehr noch als bisher lohne. So seien z.B. mehr Freiräume für die Landkreise in der Wirtschaftspolitik wichtig, z.B. in Form der Bewirtschaftung von Regionalbudgets in eigener kommunaler Verantwortung, um etwa Unternehmensansiedlungen – auf die es gerade in Anbetracht schwieriger demografischer Anpassungsprozesse mehr denn je entscheidend ankommt – noch angepasster an die Verhältnisse vor Ort fördern zu können. So könne es gelingen, die kommunalen Eigengestaltungskräfte bestmöglich zur Entfaltung zu bringen, die Menschen zum Engagement zu motivieren und ihnen auch in Zukunft eine dauerhafte Heimat zu bieten. ■

Dr. Markus Mempel, Referent beim Deutschen Landkreistag, Berlin